

VERGABEUNTERLAGEN

2026AJS000006

Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)
Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Winzererstraße 9, 80797 München, Deutschland

19.06.2026

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	4
Teilnahmeaufforderung	4
Bewerberhinweise	5
Teilnahmebedingungen EU	15
1. Abgabe des Teilnahmeantrags	15
1.1. Fristen	15
1.2. Form und Übermittlung.....	15
1.2.1. Textform	16
1.3. Weitere Vorgaben	16
1.3.1. Teilnahmeantrag	16
1.3.2. Nachweise.....	17
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen	18
3. Besondere Beteiligungsformen	19
3.1. Unterauftragnehmer	19
3.2. Bewerbergemeinschaften.....	20
3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	20
4. Nachprüfungsverfahren.....	21
5. Kommunikation im Vergabeverfahren	21
Eigenerklärung	23
Eigenerklärung	23
Eigenerklärung RUS.....	25
Eigenerklärung russische Unternehmen	25
Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2	27
Schutzerklärung Scientology.....	28
1. Erklärung zum Vergabeverfahren	28
2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung.....	28
3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:	28
Struktur Bewerber	30
1. Angaben zur Struktur	30
2. Angaben zu Unterauftragnehmern	30
3. Angaben zur Eignungsleihe	31
4. Angaben zur Bewerbergemeinschaft	31
4.1. Mitglieder der Bewerbergemeinschaft.....	31
4.2. Bevollmächtigter Vertreter.....	31
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer.....	32
Eigenerklärung	32
Datenschutzhinweise	35

Informationen zu statistischen Angaben	42
Eignungskriterien.....	43
Anlagen	45

Verfahren: 2026AJ000006 - Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

INFORMATIONEN ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB

Auftragsnummer	2026AJ000006
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031
Auftragsbeschreibung	Gegenstand dieses Verfahrens ist der Betrieb der Servicestelle Familienpakt Bayern für den Zeitraum 01.01.2027 – 31.12.2031. Der Familienpakt Bayern steht für ein gemeinsames Vorgehen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), Bayerischen Industrie und Handelskammertag e.V. (BIHK) und Bayerischen Handwerkstag e.V. (BHT), um das Zukunftsthema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den bayerischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu positionieren und sie dabei zu unterstützen, ihre Betriebe familienfreundlicher zu gestalten. Die Paktpartner haben am 20.05.2026 im Rahmen des Familienpakt Bayern einen Kooperationsvertrag zur Fortsetzung des Betriebs der gemeinsamen Servicestelle bis 31.12.2031 geschlossen. Die Servicestelle übernimmt danach die Erstberatung, ist Ansprechpartnerin und Lotsin für die Unternehmen. Sie betreut die Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit des Familienpakts, akquiriert und vernetzt Mitglieder und führt Veranstaltungen durch.

ALLGEMEINES

VERFAHREN

Auftraggeber	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Weitere Auftraggeber	
Liefer-/Ausführungsort	80797 München
Leistungsart	Dienstleistung
Vertragsart	Dienstleistungsvertrag
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein																						
Art der losweisen Vergabe																							
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: UfAB 2018: Erweiterte Richtwertmethode Schwankung: 10% Entscheidungskriterium: Leistung																						
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>72413000-8</td><td>Website-Gestaltung</td></tr><tr><td>79340000-9</td><td>Werbe- und Marketingdienstleistungen</td></tr><tr><td>79341400-0</td><td>Werbekampagnen</td></tr><tr><td>79342300-6</td><td>Kundendienst</td></tr><tr><td>79400000-8</td><td>Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste</td></tr><tr><td>79416000-3</td><td>Öffentlichkeitsarbeit</td></tr><tr><td>79416100-4</td><td>Verwaltung von Öffentlichkeitsarbeit</td></tr><tr><td>79416200-5</td><td>Beratung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit</td></tr><tr><td>85312320-8</td><td>Beratungsdienste</td></tr><tr><td>85320000-8</td><td>Dienstleistungen im Sozialwesen</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	72413000-8	Website-Gestaltung	79340000-9	Werbe- und Marketingdienstleistungen	79341400-0	Werbekampagnen	79342300-6	Kundendienst	79400000-8	Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste	79416000-3	Öffentlichkeitsarbeit	79416100-4	Verwaltung von Öffentlichkeitsarbeit	79416200-5	Beratung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit	85312320-8	Beratungsdienste	85320000-8	Dienstleistungen im Sozialwesen
Code	Bezeichnung																						
72413000-8	Website-Gestaltung																						
79340000-9	Werbe- und Marketingdienstleistungen																						
79341400-0	Werbekampagnen																						
79342300-6	Kundendienst																						
79400000-8	Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste																						
79416000-3	Öffentlichkeitsarbeit																						
79416100-4	Verwaltung von Öffentlichkeitsarbeit																						
79416200-5	Beratung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit																						
85312320-8	Beratungsdienste																						
85320000-8	Dienstleistungen im Sozialwesen																						

ANTRÄGE

Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.auftraege.bayern.de
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
--------------------------------	------

Besondere Dringlichkeit	Nein
-------------------------	------

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	19.06.2026
Vorinformation	

ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Frist Bewerberfragen	09.07.2026 23:59
Teilnahmefrist	21.07.2026 23:59:00

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2027
Ende	31.12.2027
Anmerkungen	1. Verlängerungsoption: 01.01.2028 - 31.12.2029 2. Verlängerungsoption: 01.01.2030 - 31.12.2031

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE/R

Name	Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r des StMAS
Anschrift	Winzererstraße 9, 80797 München
Telefon	+49 8912611445
E-Mail	Datenschutz@stmas.bayern.de

DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHE/R

Name	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Anschrift	Winzererstraße 9, 80797 München
Telefon	+49 8912611144
E-Mail	Referat-S5@stmas.bayern.de

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

BROWSEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bewerberfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten". Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Einreichungsfrist: 21.07.2026 23:59:00

E-Mail: Referat-S5@stmas.bayern.de

Datum: 19.06.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter www.auftraege.bayern.de hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, einen Teilnahmeantrag zu stellen.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist der Teilnahmeantrag in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal www.auftraege.bayern.de einzureichen.

Wir würden uns über einen Teilnahmeantrag Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Alexander Schmidt

Bewerberhinweise

1. Ablauf des Teilnahmewettbewerbs und durch die Bewerber beizubringende Unterlagen

1.1 Das Vergabeverfahren ist ein EU-weit ausgeschriebenes Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb. Im Teilnahmewettbewerb wird die Eignung der Bieter anhand der unter Ziffer 1.3 aufgeführten Kriterien geprüft. **Geben Sie in diesem Stadium des Verfahrens kein Angebot ab! Teilnahmeanträge, die bereits ein Angebot enthalten, müssen ausgeschlossen werden.**

1.2 Um sich für die Teilnahme an den späteren Verhandlungen zu qualifizieren, haben die Teilnehmer des Teilnahmewettbewerbs zusätzlich zu den über die eVergabe abgefragten Erklärungen einen selbst erstellten Teilnahmeantrag unter „Eigene Anlagen“ im eVergabe-Assistenten hochzuladen. Der Teilnahmeantrag hat folgende Informationen zu enthalten:

- Darstellung des Unternehmens sowie der ggf. beteiligten Unternehmen im Rahmen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. bei Unterauftragnehmern,
- Im Fall von Bewerber-/Bietergemeinschaften die in Nr. 3.2 der Bewerbungsbedingungen geforderten Erklärungen,
- Im Fall, dass von Beginn der Leistungserbringung an, der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen ist, ist die im eVergabe Workflow hinterlegte Eigenerklärung für Unterauftragnehmer, Eigenerklärung RUS und die für den Bieter hinterlegte Scientology-Schutzerklärung zusätzlich auch vom jeweiligen Unterauftragnehmer vorzulegen (durch Ausdruck und Einscannen/Hochladen als Teil des Angebots). Für die Unterauftragnehmer bedarf es insoweit (anders als hinsichtlich des Bieters, der die Erklärung im Workflow der eVergabe abgibt) jeweils einer eigenhändig unterschriebenen Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Scientology-Schutzerklärung. Der Nachweis nach Nr. 1.3.2 der Bewerbungsbedingungen ist nur vorzulegen, wenn es sich um eine Eignungsleihe gemäß § 47 VgV handelt.
- Informationen zu dem unter Ziffer 1.3 genannten Kriterium „Referenzen“. Die Referenzen sind gemäß dem dort aufgeführten Eignungskriterium „Darstellung von Referenzprojekten“ in Form eines Templates zu erstellen (siehe Anlage „Template Referenzen.docx“).
- Informationen zu dem unter Ziffer 1.3 genannten Kriterium „Personal“.

Alle vorgenannten Unterlagen/Informationen sind in einem gemeinsamen Dokument zusammenzufassen, welches in seiner Gliederung zunächst

- die geforderte Unternehmensdarstellung enthält,
- dann ggf. die geforderten Erklärungen bei Bewerber-/Bietergemeinschaften und/oder Unterauftragnehmern und
- anschließend die Informationen zu den unter Ziffer 1.3 genannten Kriterien.

- 1.3 Bei mehr als drei Teilnahmeanträgen, die alle Anforderungen nach den Vergabeunterlagen erfüllen, wird der Auftraggeber voraussichtlich nicht alle Bewerber auffordern, sondern auf Basis einer Rangfolge mindestens drei und höchstens fünf Teilnahmeanträge auswählen. Die Auswahl erfolgt gemäß der nachfolgenden Bewertungsmatrix, wobei für jedes Kriterium eine Punktzahl von 0-3 erreicht werden kann. Zusätzlich erfolgt eine Gewichtung der Kriterien gemäß dem in der zweiten Spalte dargestellten „Gewichtungsfaktor“. Die von einem Bewerber erreichte Gesamtpunktzahl errechnet sich durch Addition der – zuvor jeweils mit dem Gewichtungsfaktor multiplizierten – Punktzahl für das jeweilige Kriterium.

Bewertungsmatrix für die Teilnahmeanträge für eine ggf. erfolgreiche Auswahl von Bewerbern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden:

Kriterium	Gewichtung	Punkte			
		0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte
<p>Darstellung von Referenzprojekten:</p> <p>Beschreiben Sie mit dem Vergabegegenstand vergleichbare Referenzprojekte. Ein Referenzprojekt gilt insbesondere dann als mit dem Vergabegegenstand gut vergleichbar, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein fachlicher Bezug zu den Themen familienbewusste Personalpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik besteht und • mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. fachliche Beratung von Unternehmen hat stattgefunden, 2. eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit war Bestandteil des Projekts, 3. es war Akquise- oder Überzeugungsarbeit (komplexes, fachlich orientiertes Produkt) gegenüber Unternehmen zu leisten, 4. Veranstaltungen wurden konzipiert, organisiert und durchgeführt, 5. ein Online-Informationsportal wurde technisch und/oder redaktionell betreut. <p><u>Hinweis:</u> Es wird neben der Angabe von Projekthalt, -umfang, -zeitraum und, wenn vorhanden, Referenz (z.B. Internetadresse) auch die Angabe eines Ansprechpartners des Kunden verlangt; die Benennung des auftragnehmerseitigen Ansprechpartners (z. B. Vertriebsbeauftragter) reicht nicht aus. Der Auftraggeber behält sich vor, die Referenzen beim Referenzauftraggeber telefonisch nachzufragen.</p> <p>Die Referenzprojekte müssen in den letzten drei Jahren durchgeführt worden sein. Die Referenz-Aufträge müssen abgeschlossen sein, laufende Aufträge sind nicht berücksichtigungsfähig, es sei denn es handelt sich um einen (Rahmen)Vertrag, aus dem bereits mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Leistungen abgerufen und vertragsgemäß erbracht wurden. Zum Nachweis der Referenzen ist das beiliegende „Template Referenzen.docx“ zu verwenden.</p>	80	Keine passenden Referenzenprojekte Ausschlusskriterium: Angebote mit 0 Punkten werden ausgeschlossen.	Referenzprojekte sind eingeschränkt vergleichbar; es wurde kein gut vergleichbares Projekt angegeben.	Referenzprojekte sind überwiegend nur eingeschränkt vergleichbar. Ein einziges angegebenes Referenzprojekt ist jedoch gut vergleichbar.	Mindestens zwei der angegebenen Referenzprojekte sind gut vergleichbar.

Personal Benennen Sie die Gesamtzahl der Beschäftigten jeweils für die Jahre 2023 und 2024 und 2025. Bei Bietergemeinschaften werden die Zahlen für die Wertung addiert.	20	< 10 MA Ausschlusskriterium: Angebote mit 0 Punkten werden ausgeschlossen.	≥ 10 MA und < 50 MA	≥ 50 MA und < 100 MA	≥ 100 MA
--	----	---	------------------------	-------------------------	----------

2. Ablauf des Verhandlungsverfahrens und durch die Bieter beizubringende Unterlagen nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs

Der Ablauf des Verhandlungsverfahrens **nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs** verläuft wie folgt:

- 2.1 Der Bieter reicht über die eVergabe ein Angebot ein. Derzeit ist geplant, die ausgewählten Bewerber/Bieter am 03.08.2026 zur Angebotsabgabe aufzufordern mit einer Angebotsfrist bis zum 03.09.2026.

Das Angebot hat

- ein Konzept zur Durchführung des Auftrags gemäß Kriterium 1 der Bewertungsmatrix unter Ziffer 3.3. mit detaillierter Beschreibung zur vom Bieter vorgesehenen Umsetzung der Leistungsbeschreibung,
 - ein Konzept zur Sicherstellung der fachlichen Kompetenz gemäß Kriterium 2 der Bewertungsmatrix unter Ziffer 3.3.,
 - Projektziele gemäß Kriterium 3 der Bewertungsmatrix unter Ziffer 3.3.,
 - einen Lebenslauf der eingesetzten Projektleitung gemäß Kriterium 4 der Bewertungsmatrix unter Ziffer 3.3. und
 - Lebensläufe der beiden weiteren eingesetzten Personen (vgl. § 4 des Vertragsentwurfs) gemäß Kriterium 5 der Bewertungsmatrix unter Ziffer 3.3.
- zu enthalten.

Das Angebot ist über „Eigene Anlagen“ im eVergabe-Assistenten hochzuladen.

Der Bieter hat ferner in den hierfür vorgesehenen Abfragefeldern im eVergabe-Assistenten folgende Preise einzutragen:

- einen Festpreis (netto) für die Leistungserbringung vom 01.01.2027 bis 31.12.2027
Der angebotene Preis darf nicht über der Obergrenze von 312.419,27 € (netto) (385.702,80 € brutto) liegen. Angebote oberhalb der Obergrenze werden ausgeschlossen.
- Festpreis für die 1. und 2. Verlängerungsoption
Der angebotene Preis für die erste Verlängerungsoption darf nicht über der Obergrenze von 312.419,27 € (netto) (385.702,80 € brutto) jährlich liegen, ggf.

bei der 2. Verlängerungsoption zuzüglich einer Steigerung entsprechend der Preisanpassungsklausel. Angebote oberhalb der Obergrenze werden ausgeschlossen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in § 8 des Vertragsentwurfs eine Preisanpassungsklausel vorgesehen ist. Wird von der Preisanpassungsklausel während der Vertragslaufzeit Gebrauch gemacht, kann in diesem Fall die o.g. Obergrenze überschritten werden.

Sollte aufgrund unvorhergesehen hoher Preissteigerungen aus Sicht des Auftragnehmers eine Preisanpassung erforderlich sein, aber kein Einvernehmen hierüber erzielt werden, wird auf die Kündigungsmöglichkeit nach § 8 Abs. 2 des Vertragsentwurfs hingewiesen.

Die Preisangaben beinhalten sämtliche dem Auftragnehmer aus Anlass der Vertragserfüllung entstehenden Aufwendungen. Insbesondere sind mit ihm alle Personal-, Miet-, Sach-, Daten-/Rechtebeschaffungs-, Reise- und Nebenkosten, Ausgaben für Post und Telekommunikation sowie etwaige Ansprüche urheberrechtlicher Art und sämtliche Steuern, Abgaben und Auslagen abgegolten. Etwaige Kostenmehrungen hat der Auftragnehmer selbst zu tragen. Ein gesonderter Ausweis von Reise- und sonstigen Nebenkosten ist nicht erlaubt.

- 2.2 Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter, deren Angebote alle Anforderungen nach den Vergabeunterlagen erfüllen, zu einer Verhandlungsrunde einzuladen. Auf dieser präsentieren die Bieter ihr Unternehmen und ihr Vorgehen zur Umsetzung der Leistungsbeschreibung. Gegenstand der Verhandlungsgespräche können insbesondere sein: Leistungsumfang, die zur Zielerreichung notwendigen Kennzahlen und Angebotspreis. Für die Bieterpräsentation ist ein Zeitraum von drei bis vier Stunden vorgesehen.

Die Termine für die Bieterpräsentationen sind geplant für den Zeitraum vom 28.09. bis 02.10.2026.

- 2.3. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter nach der Verhandlungsrunde zur Abgabe von überarbeiteten Angeboten aufzufordern.

2.4. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Verhandlungen auf Grundlage der Erstangebote zu vergeben oder nur den bestplatzierten Bieter zu Verhandlungen einzuladen.

2.5. Der Auftraggeber behält sich vor, mehrere Verhandlungsrunden zu führen.

3. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

3.1 Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach der Erweiterten Richtwertmethode nach UfAB 2018 (siehe http://www.cio.bund.de/Web/DE/IT-Beschaffung/UfAB/ufab_node.html) mit einem Schwankungsbereich von 10 Prozent und dem Schwerpunkt Leistung.

3.2 Zur Ermittlung der in die Formel nach UfAB 2018 einzusetzenden Leistungspunktzahl „L“ wird die Qualität des Angebots an Hand der Zuschlagskriterien gemäß der Bewertungsmatrix (siehe hierzu Ziffer 3.3) bewertet. Für jedes Zuschlagskriterium der Bewertungsmatrix werden bis zu maximal 3 Bewertungspunkte vergeben, die sich wie folgt erklären:

3 Punkte	Erwartungen werden optimal erfüllt.
2 Punkte	Erwartungen werden weitgehend erfüllt.
1 Punkte	Erwartungen werden nur eingeschränkt erfüllt.
0 Punkte	Erwartungen werden nicht erfüllt.

Die so für jedes Kriterium ermittelte Bewertungspunktzahl wird im Anschluss mit der in der Bewertungsmatrix (siehe hierzu Ziffer 3.3) genannten Gewichtungspunktzahl multipliziert. Die Leistungspunktzahl „L“ errechnet sich dann aus der Summe der jeweils mit der betreffenden Gewichtungspunktzahl multiplizierten Bewertungspunktzahlen für die einzelnen Kriterien gemäß der nachfolgend dargestellten Bewertungsmatrix.

3.3 Folgende Bewertungsmatrix wird zur Ermittlung der Leistungspunktzahlen der einzelnen Bieter angewendet:

Nr.	Kriterium	SOLL = Wunsch des Auftraggebers	Bewertungspunkte	Gewichtungspunktzahl (Summe 100)
1.	Konzept zur Durchführung des Auftrags	<p>Erstellen Sie ein Konzept, das sämtliche Anforderungen der Leistungsbeschreibung aufgreift und Umsetzungsvorschläge unterbreitet. Gehen Sie im Besonderen auf offene oder flexible Aspekte des Auftrags ein und unterbreiten Sie hierzu Lösungsvorschläge. Präsentieren Sie, welche Methoden und Prozesse Sie zur Umsetzung des Vorhabens als zielführend erachten. Gehen Sie dabei auf die notwendige Verzahnung der Einzelaufgaben ein.</p> <p>Legen Sie in diesem Rahmen auch dar, wie Sie die Sicherstellung der dauerhaften Ansprechbarkeit der Servicestelle gegenüber der Zielgruppe sowie den Übergang von Verantwortlichkeiten im Falle der Abwesenheit oder des Wechsels der Projektleitung bzw. anderer Mitarbeiter organisieren.</p> <p>Der Auftraggeber erwartet zu diesem Kriterium schlüssige, fundierte und verständliche Darlegungen. Darlegungen sind schlüssig, wenn sie in sich logisch sind und keine inhaltlichen Widersprüche enthalten. Sie sind fundiert, wenn sie auf die genannten Punkte nicht nur schematisch und oberflächlich eingehen, sondern auch die praktische Umsetzung beschreiben. Die Darstellung der Herangehensweise ist verständlich, wenn der Bieter sie klar und präzise beschreibt und aus seinen Darstellungen heraus deutlich wird, wie er bei der Leistungserbringung im Einzelnen vorgehen will. Des Weiteren ist ausschlaggebend, ob und wie genau der Bieter inhaltlich auf die einzelnen Punkte eingeht.</p>	0-3	10
2.	Konzept zur Sicherstellung der fachlichen Kompetenz	<p>Zeigen Sie auf, wie Sie die inhaltliche Qualität und Aktualität der Angebote gewährleisten wollen. Dies betrifft insbesondere die Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Publikationen, Kurzumfragen und Jahresschwerpunktthemen, - Fachvorträge auf eigenen und auf Veranstaltungen Dritter, - Beratung bei inhaltlich tiefergehenden Einzelanfragen. 	0-3	10
3.	Projektziele	<p>Der Auftraggeber erwartet einen Vorschlag zu den einzelnen zu erreichenden Kennzahlen.</p> <p>Die vom Bieter vorgeschlagenen Kennzahlen zu den Projektzielen werden anhand ihrer Plausibilität bewertet. Die Kennzahlen der zu erreichenden Projektziele sind dann plausibel, wenn sie für den Auftraggeber nachvollziehbar und überzeugend sowie im Kontext der Erfüllung des Gesamtauftrags umsetzbar sind und erreichbar erscheinen.</p>	0-3	10

4.	Berufserfahrung des/der Projektleiters/leiterin	Die Projektleitung soll über mindestens 5 Jahre einschlägige Berufserfahrung in der Steuerung, Koordination oder Leitung von Projekten verfügen, die einen inhaltlichen Bezug zu den Themengebieten Familien- oder Sozialpolitik sowie Personalentwicklung, Fachkräftesicherung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufweisen. Darüber hinaus soll die Projektleitung über nachgewiesene praktische Erfahrung in der fachlichen Gesamtkoordination, Qualitätssicherung sowie im Berichtswesen vergleichbarer Projekte verfügen. Zum Nachweis ist ein Lebenslauf vorzulegen.	0-3	20
5.	Berufserfahrung der beiden weiteren eingesetzten Personen (vgl. § 4 des Vertragsentwurfs)	Die für die Leistungserbringung vorgesehenen beiden weiteren Personen sollen insgesamt über einschlägige Berufserfahrung in der Umsetzung von Projekten oder Dienstleistungen mit Bezug zu den folgenden Aufgabenbereichen verfügen: - Beratung von Unternehmen, insbesondere zu personalpolitischen oder organisatorischen Fragestellungen, - Maßnahmen und Konzepte der familienbewussten Personalpolitik sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, - Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen (digital, analog oder hybrid), - Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation oder Betreuung von Online- und Social-Media-Angeboten, - Erstellung und Aufbereitung von Fachinhalten (z. B. Leitfäden, Informationsmaterialien, Wissenstransferformate), - Unterstützung bei Netzwerk- und Kooperationsstrukturen. Die Berufserfahrung soll in der Regel mindestens 2 Jahre je eingesetzter Person betragen. Zum Nachweis sind entsprechende Lebensläufe vorzulegen.	0-3	50

- 3.4 Weiter fließt in die Formel nach UfAB 2018 als Preis „P“ die Summe der jeweils vom Bieter angebotenen Preise ein.

4. Hinweis zu Vertragslaufzeit und Ausführungsfristen

- Leistungsbeginn: 01.01.2027
- Lieferzeitpunkt(e):
 - o zum 31.01. des Jahres den Jahresabschlussbericht über die Tätigkeiten im vorausgegangenen Jahr
 - o zum 30.09. des Jahres einen Jahres- und Finanzplan für das folgende Jahr
 - o Monatliche Berichterstattung am letzten Tag des jeweiligen Monats.

5. Hinweis zu den Auftragsunterlagen

Die Auftragsunterlagen werden bereits im Teilnahmewettbewerb in der Anlage bekannt gemacht. Sie bestehen aus Folgenden pdfs:

- Leistungsbeschreibung,
- Verhandelbarer Vertragsentwurf,
- Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung.

Diese Auftragsunterlagen sind in der Anlage „Auftragsunterlagen.zip“ enthalten.

Ferner wird in einer weiteren Anlage das nur für den Teilnahmewettbewerb relevante Dokument „Template Referenzen“ zur Kopie und Verwendung im Teilnahmeantrag zur Verfügung gestellt.

6. Hinweis zur Form des Teilnahmeantrags

Hierzu wird nochmals auf Ziffer 1 dieser Bewerberhinweise sowie auf die Teilnahmebedingungen verwiesen. Beachten sie insbesondere für Bergwerksgemeinschaften Nr. 3.2, für Unterauftragnehmer Nr. 3.1 und ggf. 1.3.2 der Teilnahmebedingungen.

Beachten Sie ferner, dass alle im Teilnahmewettbewerb geforderten Unterlagen/Informationen in ein einziges pdf-Dokument zusammenzuführen sind.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Teilnahmebedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Abgabe des Teilnahmeantrags

1.1. Fristen

Die **Einreichungsfrist** endet am 21.07.2026 um 23:59:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Teilnahmeantrags durch den Bewerber ist nur bis zum Ablauf dieser Einreichungsfrist zulässig.

Die **Frist für Bewerberfragen** endet am 09.07.2026 23:59 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Teilnahmeantrags hat **unter Verwendung elektronischer Mittel** zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Antragsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabepattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Teilnahmeantrags erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Antragserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Antragserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Bieterassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Abgabe des Teilnahmeantrags bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Teilnahmeantrag einreichen“ zur Auswahl angeboten:

1.2.1. Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Antragserstellers im dafür vorgesehenen Feld und die anschließende Bestätigung über den Button „Antrag einreichen“.

1.3. Weitere Vorgaben

Die Teilnahmeanträge werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit sowie
- Eignung der Bewerber und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Antragsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

1.3.1. Teilnahmeantrag

Der Teilnahmeantrag und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Für die Erstellung des Teilnahmeantrags und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Teilnahmeantrag beigefügte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Teilnahmeantrag ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bewerber oder anderen beantragt sind.

Die Bewerber haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen. Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt davon unberührt.

Antworten des Auftraggebers auf Bewerberfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Teilnahmeantragsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Teilnahmeanträge automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebener Teilnahmeantrag aufrechterhalten werden soll, muss er über den Bieterassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Teilnahmeantrags als gültiger Teilnahmeantrag bestätigt werden.

Es werden nur Teilnahmeanträge fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bewerber berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bewerber wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt. Sofern geforderte Erklärungen und Nachweise bereits bei der Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder einer Zertifizierung im Sinn des § 48 Abs. 8 VgV abgegeben wurden, kann ersatzweise die Bescheinigung der aktuellen Eintragung oder Zertifizierung vorgelegt werden. Darüber hinaus gehende Anforderungen müssen gesondert nachgewiesen werden.

Im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers insgesamt nachzuweisen.

1.3.2. Nachweise

Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Abgabe des Teilnahmeantrags zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigefügt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Der Auftraggeber behält sich Nachforderungen nach Maßgabe des § 56 VgV vor.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bewerber eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bewerbers anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigefügte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Antragserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Antragsabgabe oder für den Fall, dass der Teilnahmeantrag den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bewerber hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

3. Besondere Beteiligungsformen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

3.1. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Teilnahmeantrag zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei Beteiligung von Unterauftragnehmern regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu berücksichtigen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Leistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bewerber auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3.2. **Bewerbergemeinschaften**

Die Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bewerbergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbewerber zusammenschließen und im Rahmen eines Vergabeverfahrens einen gemeinsamen Teilnahmeantrag mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bewerbergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

3.3. **Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen**

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

4. Nachprüfungsverfahren

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern.

Ein Antrag auf Nachprüfung nach §§ 160 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die

Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Maximilianstr. 39, 80539 München

zu richten.

Die Fristen für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richten sich nach § 160 Abs. 3 GWB.

Dieser lautet:

¹Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

²Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 Abs. 1 GWB).

Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

5. Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur auf elektronischem Weg. Hierzu erhalten Sie jeweils eine E-Mail-Nachricht an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Direkte Rückantworten auf diese E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle bitte die Nachrichtenfunktion im Bieterassistenten.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.

Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 98c AufenthG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung russische Unternehmen

mit Angebots- / Teilnahmeantragsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter Folgendes:

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
 - b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft.

2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23
der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Schutzerklärung

1. Erklärung zum Vergabeverfahren

Der Bewerber / Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung

Der Bewerber / Bieter versichert,

- 2.1. dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
- 2.2. dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
- 2.3. Der Bewerber / Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
- 2.4. Die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 oder 2.2 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.3 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:

Zur Erfüllung der Informationspflicht wird auf die folgende Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung verwiesen.

Scientology-Organisation

Verwendung von Schutzzerklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 Nr. 476-2-151 (AIIIMBI. S.701, StAnz. Nr. 44):

Die Scientology-Organisation in allen ihren Erscheinungsformen ist eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft wirtschaftliche Ziele verfolgt und den einzelnen mittels rücksichtslos eingesetzter psycho- und sozial-technologischer Methoden einer totalen inneren und äußeren Kontrolle unterwirft, um ihn für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

Auf Grund der jetzigen Erkenntnislage ist davon auszugehen, dass ein nach der Technologie von L. Ron Hubbard geführtes Unternehmen als Bestandteil der Gesamtorganisation Scientology zu betrachten ist. Ein derartiges Unternehmen übernimmt die Verpflichtung, die Technologie von L. Ron Hubbard und die Ideologie von Scientology zu verbreiten, ihren Bestand zu sichern und in der Gesellschaft als allgemeines Gedankengut zu etablieren. Dadurch droht auch öffentlichen Stellen bei Geschäftskontakten eine Infiltration und Ausforschung durch Scientology.

Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, wird bestimmt:

1. Von Auftragnehmern ist bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge in den nachfolgenden Fällen bei der Auftragsvergabe eine Schutzzerklärung gemäß Anlage zu verlangen, die bei Annahme des Angebots Vertragsbestandteil wird. Schutzzerklärungen sind zulässig und notwendig, um bei solchen Vertragsverhältnissen die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers abzuklären, die
 - Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Organisation des Vertragspartners oder seine Beschäftigten eröffnen
 - ein besonderes Vertrauensverhältnis voraussetzen oder
 - die Offenlegung von wesentlichen internen Vorgängen und Daten gegenüber dem Vertragspartner erfordern.

Schutzzerklärungen kommen demnach regelmäßig in folgenden Vertragsverhältnissen in Betracht:

Unternehmensberatung, Personal- und Managementschulung, Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen, Softwareberatung, -entwicklung und -pflege, Projektentwicklung und -steuerung, Forschungs- und Untersuchungsaufträge.

2. Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissenschaftlich falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.
3. Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich falsche Erklärung abgegeben oder gegen die mit der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen verstoßen wurde, so ist der Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
4. Den kommunalen Auftraggebern und den sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren. Das gleiche gilt für die Empfänger von Zuwendungen des Freistaates Bayern, wenn die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 1 gegeben werden.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1996 in Kraft.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Darstellung der Struktur des Bewerbers

1. Angaben zur Struktur

Name des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts
---	------------------------------	---

3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---

Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

4. Angaben zur Bewerbergemeinschaft

4.1. Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts
--------------------------------------	---------------------------	---

4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Firmenbezeichnung und –anschrift
des Unterauftragnehmers

Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG und § 98c AufenthG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiLoG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Durchführung des Vergabeverfahrens

Die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des weiteren Vergabeverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden im Zuge des Vergabeverfahrens sowie im Falle einer Zuschlagserteilung zur Vertragsdurchführung und -abwicklung verarbeitet und zu diesen Zwecken gespeichert. Die Angabe der personenbezogenen Daten ist weder vertraglich noch gesetzlich vorgeschrieben, sie ist allerdings Voraussetzung für die Berücksichtigung des Teilnahmeantrags und späterer Angebote. Sofern die entsprechenden personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt werden, kann dies somit den Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben.

Mit den folgenden Hinweisen kommen wir unseren Pflichten gemäß Art. 13 und Art. 14 Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach. Interessenten, Bewerber / Bewerbergemeinschaften und Bieter erhalten einen Überblick über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren und der anschließenden Vertragsdurchführung.

Weitere Informationen können dem offiziellen Internetauftritt des Landesbeauftragten für den Datenschutz unter <https://www.datenschutz-bayern.de/> entnommen werden.

1. Kontaktdaten des Verantwortlichen und des Datenschutzbeauftragten

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Vergabeverfahren ist:

Freistaat Bayern, dieser vertreten durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS), Referat S5, Dienststelle: Winzererstraße 9, 80797 München.

Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist unter den folgenden Kontaktdaten zu erreichen:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter beim Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales:

Herr Dominik Brendel
Winzererstraße 9, 80797 München
datenschutz@stmas.bayern.de
Tel: (089)1261-1547

2. Datenkategorien

Im vorliegenden Vergabeverfahren werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Identifikations- und Kontaktdaten der Interessenten, Bewerber /
Bewerbergemeinschaften und Bieter und Unterauftragnehmer bzw. ihrer
Beschäftigten; Auskünfte aus Handelsregister und Wettbewerbsregister
- Angaben für die Eignungsprüfung der Mitglieder von Bewerbergemeinschaften und
von anderen Unternehmen/Unterauftragnehmern;
- Angaben für die Eignungsprüfung von Referenzgebern;
- Angaben für die Vertragsdurchführung von Beschäftigten des Auftragnehmers (Name
der Beschäftigten, Deutschkenntnisse der Beschäftigten)
- Angaben (insbesondere berufliche Qualifikation) für die Angebotswertung von
Beschäftigten der Bieter (Projektleiter, etc.).

3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck der Verarbeitung ist die Erfüllung der dem Verantwortlichen vom Gesetzgeber zugewiesenen öffentlichen Aufgaben.

Das StMAS nimmt nach §12 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung u. A. folgende Aufgaben wahr:

- Individuelles und kollektives Arbeitsrecht
- Arbeitsmarkt, Arbeitsförderung, Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Rechtlicher und sozialer Arbeitsschutz, Mutterschutz, Arbeitsmedizin, Heimarbeit,
einschließlich gewerbeaufsichtlicher Vollzug
- Ladenschluss
- Arbeitsgerichtsbarkeit einschließlich Verfahrens- und Gerichtskostenrecht
- Sozialrecht
- Sozialversicherungen, Sozialversicherungsträger und Versicherungsbehörden
einschließlich Aufsicht, soweit nicht § 13 Satz 1 Nr. 7 bis 9
- Sozialhilferecht, Wohnungslosenhilfe
- Blindengeld, soziale Entschädigung
- Kinder- und Jugendhilfe einschließlich Kindertageseinrichtungen
- Kriegsgefangene, Heimkehrer, Lastenausgleich
- Ehrenamt und Freiwilligendienste, soweit nicht § 3 Nr. 3 oder § 13 Satz 1 Nr. 11
- Wohlfahrtspflege, Sozialwirtschaft
- Förderung der Insolvenzberatung

- Sozialgerichtsbarkeit einschließlich Verfahrens- und Gerichtskostenrecht
- Familien- und Seniorenpolitik, Schutz des ungeborenen Lebens, Generationenzusammenhalt und -politik
- Frauenpolitik, Gleichstellung von Frauen und Männern
- Vertriebene, Spätaussiedler
- Teilhabe, Selbsthilfe und Förderung von Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit, Schwerbehindertenrecht, Behindertenbreitensport
- Psychiatrischer Maßregelvollzug einschließlich forensisch-psychiatrische Ambulanzen zur Nachsorge
- Unterbringungswesen
- Gräbergesetz.

In Ausübung dieser Aufgabenzuweisung wird der Vertrag über die gegenständlichen Leistungen ausgeschrieben und nach Zuschlagserteilung durchgeführt.

Die Pflicht zur Durchführung von Vergabeverfahren im Falle einer solchen Ausschreibung ergibt sich aus Art. 55 Abs. 1 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO), Art. 55 Abs. 2 BayHO i.V.m. Ziffer 1.1 der Verwaltungsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) (nationales Verfahren).

Die Vergabestelle ist mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zur Beschaffung von Lieferungen und Dienstleistungen nach VgV und UVgO (ohne VOB/A) für die Behörden und Gerichte im Geschäftsbereich des StMAS im gesamten Freistaat Bayern betraut.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt demgemäß zu folgenden Zwecken:

- Durchführungen des Vergabeverfahrens, dabei insbesondere:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen;
 - Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen;
 - Prüfung von Ausschlussgründen;
 - Eignungsprüfungen;
 - Prüfung der Angebote;
 - Durchführung von Bieterpräsentationen;
 - Vergaberechtliche Transparenzpflichten;
- Sicherheitsüberprüfung der Beschäftigten, die beim Auftraggeber im Haus zum Einsatz kommen;
- Pflege einer Bieterkartei;
- Vertragsabwicklung;
- Durchführung einer sachgerechten Kommunikation;
- Dokumenten- und Vertragsmanagement;

- Vergabe- und Vertragsdokumentation.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt nur, soweit sie zu den vorgenannten Zwecken erforderlich ist.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b), c), e) und Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit Artikel 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) §§ 97 ff. GWB der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), ggf. § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG), § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 19 und 21 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. der oben genannten Aufgabenzuweisungsnorm.

4. Empfänger der Daten

Soweit die personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der technische Betrieb der Datenverarbeitungssysteme durch das

Bayerische Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Alexandrastraße 4, 80538 München.

E-Mail: poststelle@ldbv.bayern.de.

Zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit in der Informationstechnik können Protokolldaten auf Grundlage von Artikel 12 des Bayerischen E-Government-Gesetzes an das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik weitergeleitet werden.

Ferner werden die betreffenden Daten von folgenden Stellen und Personen empfangen:

- innerhalb des StMAS die Beschäftigten der für die Durchführung des Vergabeverfahrens zuständigen Vergabestelle;
- innerhalb des StMAS die Beschäftigten die Durchführung des Vergabeverfahrens zuständigen Vergabestelle der für die Vergabe zuständigen Fachbereiche sowie die Beschäftigten im Finanzbereich;
- Staatsoberkasse Bayern zur Auszahlung des fälligen Rechnungsbetrags
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend die Eignung / das Vorliegen von Ausschlussgründen;
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen;
- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Auskünften aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung vor der Zuschlagserteilung (vgl. § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz);

- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die (beabsichtigte) Vergabeentscheidung (vgl. § 134 Absatz 1 GWB, § 62 Absatz 2 Nummer 3 VgV);
- Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union zum Zwecke der Übermittlung der Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens bei europaweiten Vergabeverfahren (vgl. § 39 Absatz 1 VgV);
- zuständige Vergabekammer und zuständiges Beschwerdegericht (Oberlandesgericht München) im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (vgl. §§ 163 Absatz 2 Satz 4, 171 GWB);
- Vertragspartner / Auftragsverarbeiter bei der Vertragsdurchführung;
- zuständige Rechnungsprüfungsbehörden (Landes- und Bundesrechnungshof) zur Wahrnehmung derer Kontrollrechte;
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Falle von Vertragsverletzungsverfahren und EU-Pilotverfahren;
- Europäische Kommission im Falle der Anforderung des Vergabevermerks oder dessen Hauptelemente sowie die abgeschlossenen Verträge (vgl. § 8 Absatz 5 VgV)
- Paktpartner des Bayerischen Familienpakts, das sind neben dem StMAS die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK) und der Bayerische Handwerkstag e.V. (BHT).

5. Speicherdauer

Die Daten werden nach Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung des vorgesehenen Zwecks, insbesondere der gesetzlichen Aufgaben des Verantwortlichen erforderlich ist oder berechtigte Gründe im Sinne des Art. 17 Abs. 3 DSGVO, wie z.B. vergaberechtliche und sonstige gesetzliche Aufbewahrungsfristen, eine Speicherung erforderlich machen. Solange vergaberechtliche oder sonstige gesetzliche Aufbewahrungspflichten, wie z.B. steuer- und handelsrechtliche Vorschriften, einer Löschung der personenbezogenen Daten entgegenstehen, schränkt der Verantwortliche die Verarbeitung der Daten ein; anschließend werden die Daten nach den gesetzlichen Vorschriften gelöscht.

Die Vergabedokumentation, den Vergabevermerk sowie die Angebote, die Teilnahmeanträge sowie Kopien des abgeschlossenen Vertrags und deren Anlagen sind im Oberschwellenbereich bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags (vgl. § 8 Absatz 4 VgV).

Die Dokumentation sowie die Angebote, Teilnahmeanträge und ihre Anlagen sind im Unterschwellenbereich mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren (vgl. § 6 UvGGO).

Nach Prüfung der Verpflichtung des Freistaats Bayern, Unterlagen einem öffentlichen Archiv zur Übernahme anzubieten, ist eine Löschung erst zulässig, nachdem die Unterlagen dem öffentlichen Archiv angeboten worden und von diesem nicht als archivwürdig übernommen worden sind oder über die Übernahme nicht fristgerecht entschieden worden ist (vgl. Art. 26 Absatz 6 BayDSG).

6. Rechte der betroffenen Person

Hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen stehen betroffenen Personen die nachfolgend genannten Rechte gemäß Artikel 15 ff. DSGVO zu.

Grundsätzlich können betroffene Personen Auskunft darüber verlangen, ob der Verantwortliche ihre personenbezogenen Daten verarbeitet. Ist dies der Fall, so hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Artikel 15 DSGVO). In bestimmten Fällen kann dieses Auskunftsrecht eingeschränkt oder ausgeschlossen sein (vgl. insbesondere Artikel 10 BayDSG).

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über eine betroffene Person nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, kann diese eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DSGVO).

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen kann die betroffene Person die Löschung ihrer personenbezogenen Daten (Artikel 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Artikel 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Artikel 17 Absatz 1 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung hoheitlicher Gewalt erfolgt (Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe b) DSGVO).

Aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, kann die betroffene Person der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten durch die verantwortliche Stelle jederzeit widersprechen (Artikel 21 DSGVO). In diesem Fall verarbeitet der Verantwortliche deren personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Abs. 1 und 4 DSGVO findet seitens des Verantwortlichen nicht statt.

Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung selbst sowie aus Artikeln 9, 10 BayDSG oder sonstigen nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

7. Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde

Betroffene Personen haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 51 DSGVO zu beschweren, wenn sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt (Artikel 77 DSGVO, Artikel 20 BayDSG). Zuständige Aufsichtsbehörde für bayerische öffentliche Stellen ist der

Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de,
Telefon: +49 (0) 89 212 672-0.

Projekt-Nr.: 2026AJS000006

Aktenzeichen: S5/0271.01-1/128

Projektname: Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

Firmenbezeichnung und Anschrift

Informationen zu statistischen Angaben

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu in den Abfragen im Arbeitsschritt Eignungs- bzw. Leistungskriterien an,

- ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/351/EG erfüllt.

Die maßgebenden Kriterien nach dieser Definition sind:

- eine Mitarbeiterzahl von weniger als 250 Personen
und
- ein Jahresumsatz von nicht mehr als 50. Mio. EUR
oder eine Bilanzsumme von nicht mehr als 43 Mio. EUR.

Nähere Informationen hierzu finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen [Benutzerleitfaden zur Definition von KMU](#).

- bei EU-weiten Vergaben welcher NUTS-Code dem Sitz Ihres Unternehmens entspricht.
Die Europäische Union bietet eine [Suchhilfe](#) hierzu an.

Es handelt sich jeweils um rein statistische Werte, d.h. die Angaben zu diesen Punkten hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

Verfahren: 2026AJS000006 - Fortsetzung der Servicestelle „Familienpakt Bayern“ von 2027 bis 2031

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Hinweis

Gewichtung: 0,00%

1.1 Hinweis

Zu den Eignungskriterien wird auf die Bewerberhinweise verwiesen.

2 Eigenerklärung

Gewichtung: 0,00%

2.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Bestätigung der Kenntnisnahme RUS [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung zu russischen Unternehmen habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

3 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

Gewichtung: 0,00%

3.1 Eigenerklärung Unterauftragsnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB

Gewichtung: 0,00%

4.1 Hinweis

Hinweis:

Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.

4.2 Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Ausschluss nach § 124 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Auftragsunterlagen.zip	577,08 KB	zip
Dateianlage	Template Referenzen.docx	21,26 KB	docx